

Solidarität und Dialog - Gegen Judenfeindlichkeit und Rassismus in Frankfurt

Eine Erklärung der Evangelischen Kirche in Frankfurt zum 25-jährigen Jubiläum der Erweiterung des Grundartikels der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Am 3. Dezember 1991 beschloss die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau die Erweiterung ihres Grundartikels um den Satz „Aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen, bezeugt sie (die EKHN) neu die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen. Das Bekenntnis zu Jesus Christus schließt dieses Zeugnis ein.“ Diese Worte beinhalten nicht nur ein öffentliches Bekenntnis zur Schuld der evangelischen Kirchengemeinden und Kirchenleitungen in der Vergangenheit. Sie begründen auch ein neues Verhältnis zum Judentum.

Wir, die Evangelische Kirche in Frankfurt, begehen dieses Jubiläum angesichts einer gesellschaftlichen und politischen Situation, die uns dazu herausfordert, unsere Solidarität mit der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und allen in dieser Stadt lebenden Jüdinnen und Juden zu bekräftigen und unser Bemühen um den christlich-jüdischen Dialog zu intensivieren.

An vielen Stellen in Frankfurt ist das christlich-jüdische Zusammenleben schon lange eine Selbstverständlichkeit. Menschen jüdischen und christlichen Glaubens aller Altersstufen pflegen den Nachbarschaftsdialog. Sie leben und lernen zusammen in Institutionen unserer Kirche, der Jüdischen Gemeinde Frankfurt (wie z.B. in der Isaac-Emil-Lichtigfeldschule) oder dem Alters- und Pflegeheim der Henry und Emma Budge-Stiftung.

Aufbauend auf unserer gemeinsamen Wurzel, der Hebräischen Bibel, engagieren sich Christinnen und Christen und Jüdinnen und Juden in Frankfurt für eine demokratische und solidarische Stadtgesellschaft aller Menschen. Wir, die Evangelische Kirche in Frankfurt, fördern dieses Engagement in unseren Kirchengemeinden, in unserer Beratungs- und Bildungsarbeit und in unseren diakonischen Einrichtungen.

Mit Sorge nehmen wir jedoch auch eine zunehmende Judenfeindlichkeit in Frankfurt wahr. Wir können weder die antijüdischen Parolen auf öffentlichen Demonstrationen akzeptieren, noch wollen wir die antisemitischen Beschimpfungen Jugendlicher in Schulen und Jugendhäusern banalisieren. Alarmiert beobachten wir die antijüdische Rhetorik und die judenfeindlichen Übergriffe rechtsradikaler und islamistischer Bewegungen und die Rückkehr antijüdischer und antisemitischer Vorurteile auch unter unseren eigenen Mitgliedern.

Um diesen menschenverachtenden Entwicklungen entgegen zu wirken, werden wir uns auch zukünftig deutlich gegen Judenfeindlichkeit und Rassismus positionieren. Wir tun dies zusammen mit anderen Vertretern der Frankfurter Stadtgesellschaft, z.B. im Römerbergbündnis. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Jüdinnen und Juden in Frankfurt 71 Jahre nach dem Ende des Holocaust noch immer um ihre Sicherheit bangen müssen.

Nicht selten wird Kritik am Staat Israel benutzt, um antijüdische Vorurteile zu begründen. Als Evangelische Kirche in Frankfurt bekennen wir uns ausdrücklich zum Existenzrecht Israels und beklagen gleichzeitig die Opfer, die der Israel-Palästina-Konflikt auf beiden Seiten kostet. Wir stehen an der Seite derer, die sich für den Frieden in Israel und Palästina einsetzen.

Wir sind der Überzeugung, dass Frieden in Frankfurt nicht ohne Dialog möglich ist. Als Evangelische Kirche in Frankfurt führen wir den multilateralen interreligiösen Dialog mit allen in Frankfurt ansässigen Religionsgemeinschaften. Aufgrund unserer besonderen Verbundenheit mit der Jüdischen Gemeinde Frankfurt hoffen wir, dass sie ihre zurzeit ruhende Mitgliedschaft im Rat der Religionen Frankfurt bald wieder aufnehmen wird.

Um unseres christlichen Glaubens willen ist es unverzichtbar, dass wir uns immer wieder neu auf die jüdischen Wurzeln in unserer Tradition besinnen und die direkte Begegnung mit jüdischen Menschen suchen. Auch 25 Jahre nach der Grundartikelerweiterung ist die Reflexion unserer eigenen evangelischen Theologie und Glaubenspraxis im Blick auf die jüdische Schwesternreligion eine stete Herausforderung und Bereicherung für uns und unsere Kirche.

Erklärung der Evangelischen Stadtsynode vom 30. November 2016